

Barroso kündigt konkrete Pläne für Eurobonds und Börsensteuer an

STRASSBURG. Geht es nach dem Willen der Europa-Parlamentarier und der EU-Kommission, könnte eine Finanztransaktionssteuer bald Wirklichkeit werden. Auch bei den umstrittenen Eurobonds will die EU-Kommission einen Vorstoß wagen.

EU-Parlamentarier und EU-Kommission versuchten am Mittwoch in Straßburg in der Plenardebatte über die Schuldenkrise Geschlossenheit zu demonstrieren. Sie setzten damit nicht nur einen Kontrapunkt zum wilden Durcheinander der Diskussion auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs. Sie stellten sich auch hinter kontrovers diskutierte Maßnahmen wie eine Finanztransaktionssteuer auf Börsengeschäfte und Eurobonds, also eine von allen Euroländern gemeinsame Ausgabe von Staatsanleihen.

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso kündigte an, „schon bald“ konkrete Pläne für eine Finanztransaktionssteuer vorzulegen. Ebenfalls will er Optionen für Eurobonds präsentieren, die es Ländern wie Griechenland, Italien, Spanien oder Portugal ermöglichen würden, sich auf den Finanzmärkten wieder Geld zu niedrigen Zinssätzen zu verschaffen.

Gipfelbeschlüsse umsetzen

Beide Maßnahmen sind keine Option für das kurzfristige Krisenmanagement, in dem es jetzt für Barroso vor allem darum geht, die Beschlüsse des EU-Gipfels vom 21. Juli rasch umzusetzen. Und das heißt: Ausweitung der Möglichkeiten des Rettungsschirms sowie das Senken der Zinssätze und Verlängerung der Laufzeiten für griechische Staatsanleihen mit Beteiligung der Banken, bevor wild durcheinander über noch größere Schuldenschnitte diskutiert wird.

Was die Finanztransaktionssteuer betrifft, gehen die Meinungen zwischen Kommission und Staats- und Regierungschefs ohnehin noch weit auseinander. Barroso sieht eine Börsenumsatzsteuer vor allem als eine eigene Finanzquelle für das EU-Budget in der kommenden Finanzperiode 2014 bis 2020. Die einzelnen Staaten erhoffen sich von den Einnahmen wiederum auch eine Entlastung für ihre angespannten Haushalte.

Die Briten, über deren Finanzplatz London der Großteil der europäischen Finanztransaktionen läuft, wollen auf keinen Fall einer solchen Steuer zustimmen. Zu groß ist die Sorge, dass viele Börsengeschäfte auf andere Finanzmärkte abwandern könnten. Als Option bleibt, wie bereits der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble erkennen ließ, im ersten Schritt jedoch auch nur eine Lösung für die Eurozone. Viel mehr, als eine willkommene neue Steuerquelle anzuzapfen, wird damit nach Meinung vieler Finanzexperten jedoch nicht zu erreichen sein, wenn es die Börsenumsatzsteuer nicht global gibt.

Hinsichtlich der Eurobonds ist allen und vor allem auch Barroso klar, dass es sie nicht ohne tiefere wirtschaftspolitische Integration geben kann. Es muss dafür ein funktionierendes Instrumentarium geschaffen werden, das die Einhaltung fundamentaler stabilitäts- und wirtschaftspolitischer Ziele sicherstellt. Also eine Art handlungsfähige Wirtschaftsregierung für die Eurozone. Ansonsten fällt für Länder wie Griechenland der Druck zum Sparen und für Strukturänderungen weg.

Barroso kann sich zum Beispiel Eurobonds für europäische Investitionsprojekte vorstellen. Es gebe Eurobonds, die könnten rascher umgesetzt werden, andere erforderten eine Änderung der EU-Verträge.

Quelle: www.nachrichten.at vom 15.09.2011